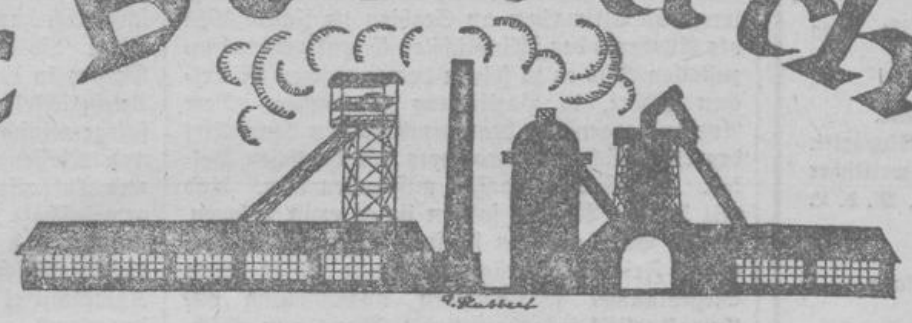
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

3. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich Mk. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1.**	Samstag, 22. Oktober 1921	**Anzeigen**, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. **Die Kleinzeile kostet Mk. 0.50**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	43. Folge

Dr. Stadtler des Landesverrats angeklagt!

Ein Grausen läuft jedem Leser unseres Blattes über den Rücken, denn er erinnert sich, daß dieser „gefährliche" Mann auch im Siegerlande des öfteren gesprochen und auch viele Artikel in unserer Zeitung veröffentlicht hat. Unwillkürlich hat man den Gedanken, als ob Dr. Stadtler Oberschlesien, dessen Verlust uns jetzt droht, verraten hat oder doch zum mindesten am Verluste mitschuldig ist. Sensation! Man steckt die Köpfe zusammen und fragt nach den Gründen, die solch eine furchtbare Anklage rechtfertigen könnten. Man kann es nicht verstehen, daß dieser ausgezeichnete Schriftsteller und äußerst nationale Politiker, den wir alle sehr genau kennen, eines solch furchtbaren Staatsverbrechens angeklagt wird. Ein Gruseln überläuft alle diejenigen, die Herrn Dr. Stadtler mit großem Beifall im Siegerland haben sprechen hören. Wir sitzen zu weit ab von den Quellen, um Näheres über die Gründe der Verhaftung zu wissen und lassen deshalb folgen, was **Der schwarze Tag** vom 15. 10., Nr. 485, darüber bringt:

„Der Herr Reichskanzler liest die Zeitung, da fährt ihm etwas in die Nase. Er drückt wütend auf den Knopf. Der Herr Reichsjustizminister erzürnt sich secundum ordinem und telegraphiert nach Leipzig. Der Herr Reichsanwalt telegraphiert nach Berlin: Verhaftet! Und setzt sich selber auf die Eisenbahn. In Berlin aber: Verhaftung, Haussuchung, Beschlagnahmung, Paragraph 92 des Strafgesetzbuchs, nicht unter zwei Jahren Zuchthaus. Und alles, weil dem Herrn Reichskanzler beim Zeitungslesen etwas in die Nase fuhr. Kann das Verstand haben? Kann das Bestand haben? Es hat keinen Verstand. Es wird keinen Bestand haben. Wenn der Herr Reichsanwalt nach Berlin kommt und sieht, wen und weshalb er verhaftet hat, wird er die Weisheit des Reichsjustizministers und des Reichskanzlers nicht bewundern.

Also, was hat dieser Dr. Stadtler getrieben, wofür er jetzt im Kerker brummt? Einen Artikel in der „Täglichen Rundschau" geschrieben, wie schon oft auch in diesen Blättern. Ein geschätzter Mitarbeiter, ein vorzüglicher politischer Publizist, ein glühender Patriot.. Man hört ihn gern reden. Aber daß sein Wort den Reichskanzler in solche Wut und den Reichsanwalt von Leipzig nach Berlin versetzen kann, das ist denn doch erstaunlich. Das macht neugierig auf einen Artikel, den man sonst vielleicht nicht gelesen hätte. Aber das war doch gewiß nicht die Absicht des Reichskanzlers, des Reichsjustizministers und des Reichsanwalts. Absicht oder nicht — **jetzt lesen wir den Artikel:**

„Ehrliche Politik!"

Von **Eduard Stadtler.**

„Ein Volk, das den ernsten Willen zeigt, ein Volk, das aufrichtig ist, und eine Regierung, auf deren Wort man unbedingt vertrauen kann, werden uns das Vertrauen der Welt wieder erwerben." So Dr. Wirth in seiner neuesten Offenbacher Rede.

Wirth ist eine Kleon-Natur. Wie Erzberger, sein Meister. Er umschmeichelt die Masse. Es ist also nicht anzunehmen, daß er mit dem zitierten Satze dem deutschen Volke den Vorwurf machen wollte, daß es keinen ernsten Willen zum Wiederaufbau zeige, daß es nicht aufrichtig sei. Er weiß so gut wie jeder andere, daß das deutsche Volk vor dem Krieg das friedliebendste Volk der Welt war, daß es sich während des Krieges immer bereit zeigte, den Gegnern die Hand zu einem Ausgleichs- oder Vergleichsfrieden zu bieten, daß es auch nach der Niederlage inmitten revolutionärer Auflösungszustände trotz einer geradezu herausfordernden Friedenspolitik friedlichste Rettungs- und Aufbauarbeit geleistet hat. Er weiß auch, daß das deutsche Volk kraft der politischen Unmündigkeit, die es ziert, in seinem friedlichen Aufbaustreben so naiv und aufrichtig ist, wie nur irgendein Volk der Welt. Seine Sätze können also nur als ein Selbstlob der Regierung aufgefaßt werden. die sich damit bescheinigt, daß man ihren Worten unbedingt vertrauen könne, daß ihre „ehrliche Politik" uns das Vertrauen der Welt wieder erwerbe.

Es kommt tatsächlich in der Politik weniger auf das Volk als auf die Regierung an. Auf ihre Haltung. Auf die innere Übereinstimmung zwischen ihren Worten und ihren Taten. Auf das gesunde Verhältnis zwischen Zielverfolgung und Anwendung der Mittel. Auf die „ehrliche" Politik. Eine Regierung, die als Verkörperung des Staats Zielhaftigkeit, Folgerichtigkeit und Kraft zeigt, ist ehrlich, auch wenn sie noch so verwickelte und für den Außenstehenden wie für die Masse unverständliche Mittel anwendet. Das Maß der Ehrlichkeit und das Maß des entsprechenden Vertrauens haben allerdings mit der Häufigkeit der Ehrlichkeitsbeteuerungen nicht das mindeste zu tun. Im Gegenteil. Auch im Privatleben ist die Ehrlichkeit etwas Selbstverständliches, so selbstverständlich, daß jede Beteuerung sogar Verdacht erregt. Je klarer die Selbstbehauptung, desto größer die Vertrauensgrundlage. Je verschleierter der Egoismus, desto berechtigter das Mißtrauen. In der Politik von Staaten zu Staaten ist die Mundpolitik, die sich in Ehrlichkeitserklärungen erschöpft, die tatsächliche Untergrabung, die planmäßige Vernichtung der internationalen Vertrauensgrundlage. Sie ist für den Gegenspieler nur dann erträglich, wenn sie mit so viel Schwäche verbunden ist, daß auch die größte Unehrlichkeit in den Ehrlichkeitsbeteuerungen nicht mehr als gefährlich empfunden werden kann.

Die deutsche Politik befindet sich heute in diesem letzten Stadium. Wobei man natürlich den Begriff „politische Ehrlichkeit" nicht im kleinbürgerlich-moralischen Sinne nehmen darf. Wenn man die Reichskanzlerschaften Bismarcks, Bülows, Bethmann Hollwegs und Wirths in bezug auf „ehrliche" Politik miteinander vergleicht, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß wir in der Politik der Ziele, des Wollens, der Tat von Bismarcks krasser „Ehrlichkeit" zu einer Politik krasseter „Unehrlichkeit" gesunken sind, während wir gleichzeitig in der Politik der Worte, der Taktik, der kleinen Mittel vom gesunden Machiavellismus zur kindlichsten Naivität uns entwickelt haben Das Verhältnis des Auslands zu uns hat sich entsprechend verändert. In der Bismarckschen Zeit Anerkennung, Hochachtung, Vertrauen; heute Verkennung, Mißachtung, Mißtrauen.

Gerade die „Unehrlichkeit" des Systems Wirth schreit zum Himmel Kein klares Ziel. Keine erkennbare Linie. Keine Ehrlichkeit des großen, des tragischen Wollens. Dafür aber in der

Inhalt der Nummer:

Dr. Stadtler des Landesverrats angeklagt!
Dr. Stresemann über die Lage auf dem Niederrheinischen Parteitag in Wesel.
Briefe von Siegerländern aus Mexiko. Von Dr. Hans Kruse. (Forts.)
Wie es kommen mußte!
Die Kundgebung im Abgeordnetenhaus.
Die Zusammensetzung der Deutschen Volkspartei.
Die verfassungswidrige Einrichtung weltlicher Schulen. Von Dr. O. Boelitz, M. d. L.
Die Tumulte in Siegen.
22 Trillionen Steuern!
Die Lage der Arbeiterschaft in Rußland.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Methode eine Offenherzigkeit, eine „Ehrlichkeit", die jeden Politiker zum Lachen reizt.

Wirth nennt sich Kanzler der Erfüllung. Er stellt sich damit bewußt in Gegensatz zu seinen Vorgängern, indem er immer wieder gegen diese die Ehrlichkeit seiner Erfüllungspolitik unterstreicht. Das Kabinett trägt den Namen Kabinett der Erfüllung. Nun weiß jedes kleine Kind im In- und Ausland, daß die „ehrliche Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles kein deutsches Ziel sein kann. Schon deswegen, weil immer weniger Politiker an die Möglichkeit der Erfüllung glauben. Es steht fest, daß auch der Reichskanzler Wirth nicht an die Möglichkeit der Erfüllung glaubt. Handelt es sich aber nicht um ein deutsches Ziel, sondern um eine Methode zur Beweisführung der Unerfüllbarkeit!) dann ist das Beiwort „ehrlich" ein frommer Betrug. Und ein Betrug, an den niemand glaubt. Denn es muß dieser Betrug gegen alle Einsicht im Innern und draußen verteidigt werden. Mit unserer methodisch-taktischen Erfüllungspolitik betrügen wir planmäßig die Entente, vor allem Frankreich, dem wir die Möglichkeit der Erfüllung unserseits vortäuschen. Damit halten wir den Prozeß der Befreiung von der Erfüllungslüge auf. Es kann gar keine „unehrlichere" Politik geben, als von der Unerfüllbarkeit überzeugt zu sein, die Erfüllung als deutsches Ziel hinzustellen, dabei nur an die Erfüllung als taktisches Mittel zu denken, durch die Erhebung des Mittels zum Ziel aber uns selbst und die Mächte draußen zu täuschen und faktisch das eigene Volk und die Feinde in die katastrophalen Folgen der Erfüllungslüge hineinzuhetzen.

Ebenso „unehrlich" im Begriffssinn der Staatsmoral ist Wirths Absage an die Gewaltpolitik. Es gehört zu den Marotten des Kanzlers, das Ultimatum an Serbien im Jahre 1914 als Ausbruch des schändlichsten Gewaltgeistes hinzustellen. Wie es zu seinen demagogischen Mittelchen gehört, in Pazifismus zu machen. Dem Ausland gegenüber beansprucht er den Ehrentitel des tatsächlichen Entwaffners des deutschen Volkes. Die Völker draußen mißtrauen dem. Und mit Recht. Warum sollten sie es ernst nehmen, da ihr Sieg, auf den sie stolz sind, und die formalen Friedensverträge, an die sie sich in ihrem Siegestaumel festklammern, ausschließlich auf Gewaltpolitik aufgebaut sind? Wenn nun gleichzeitig das Ausland erfahren sollte, was es sicher auch weiß, daß Wirth gar kein Pazifist ist, daß er ein weitgehendes Verständnis für die Bedürfnisse der Reichswehr und für die Bedürfnisse der militärischen Selbsthilfe besitzt, wenn es erfährt, daß Wirth gegen Polen sogar echten Geist kriegerischer Bereitschaft aufbringt, was soll man dann draußen von der „ehrlichen" Absage an die Gewaltpolitik denken? Es gibt doch gar nichts „Unehrlicheres" als den Pazifismus als deutsches Staatsziel hinzustellen, dabei faktisch den Pazifismus nur als inner- und außenpolitisches wirksames Mittel der Taktik zu benutzen, praktisch aber auch Gewaltpolitik zu treiben, dabei aber das eigene Volk moralisch zu verweichen und die Feinde draußen durch das Doppelspiel zu erregen.

Nicht besser steht es um die „Ehrlichkeit" der Innenpolitik des deutschen Kanzlers. Wenn man seinen Worten traut, verfolgt er im Innern das Ziel, das Volk aus dem Elend der Spaltungen herauszuführen, um es in einer wirtschaftsfriedlichen Schicksalsgemeinschaft für seine Außenpolitik der ehrlichen Erfüllung zusammenzuschweißen. Kein Zweifel. Die Verwirklichung der Volksgemeinschaft ist ein deutsches Ziel. Nur merkwürdig, daß auch hier wieder das Ziel gar nicht als Ziel ins Auge gefaßt wird, sondern zum Mittel für ganz andere Zwecke herabsinkt. Erst dieser Tage hat der bayerische Bauerndoktor Heim dem Reichskanzler bescheinigt, daß er nur ein Parteipolitiker niedrigsten Ranges ist, daß er auch in feierlichsten Momenten sich nicht über den Parteikampf erheben kann. Die ganze Innenpolitik schrumpft ihm auf den Gegensatz zur Deutschnationalen Partei zusammen. Dabei denkt er noch obendrein klassendualistisch. Als Staatsmann wagt er immer wieder die Drohung, daß er in den innerpolitischen Entscheidungskämpfen auf der Seite der proletarischen Klassenfront stehen würde. Wer nur als Parteihetzer und Klassenfrontmensch innerlich empfindet und äußerlich handelt, kann nur unehrlicherweise das Wort Volksgemeinschaft mit staatsmännischem Pathos in den Mund nehmen. Oder ist es nicht Unehrlichkeit, von Volksgemeinschaft und Schicksalsgemeinschaft zu reden, dabei nur in Parteien und Klassengegensätzen zu denken, Begeisterung und Tatkraft auf die Kampfziele der die Volksgemeinschaft zersetzenden Sondergruppen zu verwenden und damit das hohe deutsche Ziel einer außerpolitisch gesehenen Volksgemeinschaft zum Kampfmittel für kleinliche Parteizwecke zu mißbrauchen?

Oder wie steht es um Wirths „ehrliche" Politik der Mitte? Dieses Schlagwort enthält nichts Zielhaftes. Aber man kann sich noch denken, daß auf dem Gebiet der politischen Methodik die Politik der Mitte als Mittel verwendet wird. Wenn die Ziele entsprechend sind, kann dieses neutrale Mittel sogar von großem Nutzen sein. Allerdings darf dann auch nicht das Mittel „unehrlich" angewandt werden und zugleich wieder in „unehrlicher" Absicht als Ziel hingestellt werden. Beides tat Wirth. Für seinen Parteikampf gegen rechts stellte er die Politik der Mitte als deutsches Ziel hin. Und faktisch aber trieb er „unehrliche" Linkspolitik. Nach der Ermordung Erzbergers stürmte er wie besessen gegen das Regierungssystem Kahr, sogar gegen das Regierungssystem Stegerwald. Derselbe Reichskanzler der grundsätzlichen, der „ehrlichen" Politik der Mitte hat nicht ein einziges Mal den Mund aufgetan, um die rein sozialistischen Regierungssysteme in Sachsen und neuerdings in Thüringen als Versündigungen gegen die Politik der Mitte zu brandmarken.

Bis jetzt ist nur eine „ehrliche" Zielpolitik des Reichskanzlers sichtbar geworden: Sich an der Macht zu erhalten! In meinem Artikel „Der Kanzler der kleinen Koalition" habe ich dafür den Beweis geliefert. An der Haltung des Reichskanzlers zur sogenannten Industrieaktion wies ich nach, daß der Reichskanzler auch in den Mitteln nicht wählerisch ist, wenn er das Ziel der machtpolitischen Selbstbehauptung erreichen will. Er hat bekanntlich diese Selbsthilfeaktion benutzt, um seine schwankende Stellung vor Görlitz zu festigen. In einem offiziellen Dementi wurden meine Fest-

Briefe von Siegerländern aus Mexiko.

Ein Beitrag zur Geschichte des deutsch-amerikanischen Bergwerksvereins 1823—1836.

Von **Dr. Hans Kruse**, Siegen.

57) (Fortsetzung.)

Am 4. Juni traf Herr Stein morgens um 6 Uhr hier ein. Am nämlichen Tage besuchten wir das Museum. Die darin aufbewahrten naturhistorischen Gegenstände sind kaum des Namens werth. Dagegen ist die Sammlung mexikanischer Alterthümer höchst merkwürdig. Eine Menge von sehr häßlichen Götzenbildern, theils aus Porphyr, theils aus Lava und einige aus Obsidia. Andere waren aus Thon gebrannt, auch sahen wir Vasen von den schönsten etrurischen Formen, bald aus Thon gebrannt, bald aus Gips oder aus Kalksinter. Diese Gefäße nöthigten uns, die Kunstfertigkeit der Indianer, denen so wenige Hülfsmittel zu Gebote standen, zu bewundern. Im Hofe des Museums sahen wir ein sehr großes cylinderisch behauenes und mit einer Menge von Figuren geziertes Stück Porphyr. Auf der nach oben gekehrten Fläche war eine Vertiefung angebracht, die zum Ablaufen des Blutes derjenigen armen Schlachtopfer diente, die auf diesem Altare dem häßlichen Götzen Vizlipochli geopfert wurden. Das Abscheu erregende, ebenfalls aus Porphyr gehauene Bild desselben war in der Nähe dieses Steines angebracht. Mitten im Hofraume war die kolossale Reiterstatue Karls III. von Spanien aufgestellt. Sie ist aus Erz gegossen und so schwer, daß sich der Boden ringsum gesenkt hatte.

Am 5ten feierten wir das Fronleichnamsfest, zu dessen Verherrlichung eine große Prozession stattfand. Es waren aber nur die Weltgeistlichen, die verschiedenen Mönchsorden, die Universität, die Civilbehörden, mit dem Präsidenten Dittoria an der Spitze und das Militär, welche dem Zuge beiwohnten. Nuestra Sennora de Guadelupa folgte im prachtvollen Wagen, der mit 6 Maulthieren bespannt und eigenhändig von 2 in großer Uniform steckenden Generalen, welche auf den Mauleseln, die den Wagen zogen, sehr gravitätisch einherritten, geführt wurde. Am meisten beschäftigten uns die oft sehr ausgezeichneten Gesichter der Mönche und wir fanden, daß ein Maler hier viele Muster sammeln könnte. Das Militär, besonders die Offiziere waren im prachtvollsten Aufzuge und die Uniformen glänzten wie in unseren deutschen Residenzen. Die Musik war ganz erträglich. Soldaten hatten durch alle Straßen, durch die der Zug ging, Spalier gebildet. Unter dem Gewehre rauchten sie ihre Cigarren und es war nicht selten, daß die Offiziere bei ihnen anzündeten. Die Zahl der Zuschauer war ungeheuer und es schien, daß alles, was nicht in den Fenstern, in denen man die schöne Welt Cigarren rauchen sah, Platz gefunden hatte, auf der Straße war. Auch einige Indianer hatten sich in ihrer Nationaltracht und halb nackt dem Zuge angeschlossen. Sie führten nach ihrer Weise herausgeputzte Kinder mit sich.

Am 7ten Juni ritten wir morgens auf das von einem Vicekönige gebaute feste Schloß Chapultepec. Die Lage desselben auf einem isolierten felsigen Hügel, der aus rothem Trachitporphyr besteht, ist höchst reizend. Ungeheuere Cedern, die zum Theil noch aus der Zeit Montezumas, welcher ebenfalls hier einen Lustsitz hatte, herrühren sollen, gewährten mit ihren langen Bartmoosen

stellungen als unwahr und mit der Absicht als böswillig bezeichnet. Ich stelle demgegenüber fest, daß nicht etwa eine untergeordnete Stelle, sondern der Kanzler Wirth selbst einem Vertreter der „Vossischen Zeitung" die ausführlichsten Mitteilungen über die geplante Industrieaktion zur Veröffentlichung übergeben hat. Als sich ob der Indiskretion Widerspruch bemerkbar machte, bat der Reichskanzler Herrn Georg Bernhard die Tatsache abzustreiten. Das Dementi war Machiavellismus. Das politische Ziel „ehrlichste" Selbstbehauptung in der Macht.

„Ehrliche Politik!"

✣

Der schwarze Tag gibt uns auch weitere Hinweise, indem er dann fortfährt:

„Eine ausgezeichnete Analyse der politischen Psyche Herrn Dr. Wirths. Die Leser dieser Blätter kennen ja den Schriftsteller Stadtler. Aber Reichsanwalt, Paragraph 92, Haussuchung, Verhaftung? Gott bewahre! Was für ein Geheimnis steckt dahinter? Halt, da! Herr Wirth höchstselbst habe das Material für Ausplauderei über die Industrieaktion zur Devisenbeschaffung der Vossischen Zeitung zugestellt, Herrn Bernhard aber hernach gebeten, das abzustreiten. Es ist schlechterdings der einzige Punkt in dem Artikel, bei dem ein normaler Sinn eine Erklärung für den Zorn Herrn Wirths suchen kann. Herr Bernhard hat diesen Punkt bestritten, Herr Stadtler aber behauptet die Richtigkeit. Die Sache schwebt also zwischen den beiden Herren. Aber Reichsanwalt, Paragraph 92, Landesverrat?"

Warten wir ab, was bei dieser Sache herauskommen wird!

Dr. Stresemann über die Lage

auf dem Niederrheinischen Parteitag in Wesel.

Der Redner führte nach der „K. Z." zur inneren Politik etwa folgendes aus: Wenn wir, was ich nicht weiß, in eine neue Regierung eintreten werden — seit Görlitz hat die Sozialdemokratie Angst vor der eigenen Courage bekommen —, so geben wir nicht das geringste auf. Ich habe schon, ehe ich etwas von Görlitz wußte, neulich in Lüdenscheid gesagt, daß wir, **wenn wir in der Regierung sind, nicht um eine Nuance in unserer Politik anders handeln.** In den Versuchen einer Verständigung sind wir jetzt mit dem Zentrum und den Demokraten auf allen Gebieten einig geworden, jedoch nicht mit der Sozialdemokratie. Es wird ohne eine Besitzsteuer nicht gehen, aber wogegen wir uns wehren, das ist ein Eingriff in die Substanz der deutschen Industrie, ehe eine Stabilisierung der Mark erfolgt ist. **In die Substanz der Industrie einzugreifen und dann nach einem oder eineinhalb Jahr doch erklären zu müssen, daß wir nicht in der Lage sind, zu zahlen, das machen wir nicht mit. Gerade die deutschen Arbeiter sollten sich mit uns auf diesen Standpunkt stellen. Das hat nichts mit Kapitalismus zu tun, sondern es handelt sich nur um die Frage, wie wir uns das Beste und Einzige, was wir noch haben, erhalten.** Ich hoffe, daß wir auch darüber zu einer Verständigung kommen. Sollte es zu dieser Verständigung kommen, dann bitte ich Sie, uns und unsere Partei nicht unter dem Gesichtspunkt anzusehen, ob uns die Parteien und die Persönlichkeiten passen, mit denen wir zusammen arbeiten, sondern nur unter dem Gesichtspunkt, ob es dem deutschen Volk und dem Reich frommt. Die Not schafft seltsame Schlafgenossen, und man muß zur Erreichung des Zieles mit manchem zusammengehen, von dem uns eine ganze Weltanschauung trennt. Wir dürfen auch nicht fragen, ob einem der andere sympathisch ist oder nicht. Es ist uns nicht leicht geworden, das sage ich ganz offen, uns zu dieser Politik durchzuringen. Aber wir haben uns gesagt, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Die Stellung der Deutschen Volkspartei zur Verfassung und zum monarchischen Gedanken legte Dr. Stresemann noch einmal fest. Aus den bekannten jüngsten Erklärungen des Geheimrats Kahl habe man den Vorwurf gegen die Deutsche Volkpartei erhoben, daß sie ihre alte Stellung zur Monarchie aufgebe. Es sei doch ganz eigentümlich, daß gerade Kahl auf diesem Wege sein solle. Kahl habe übrigens gesagt, daß er Monarchist sei und bleibe, aber hinzugefügt, daß er in der gegenwärtigen Lage Deutschlands keine andere Möglichkeit sehe, als daß wir auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung zusammenarbeiten, und daß wir diese Verfassung gemeinsam schützen gegen rechts und gegen links. Dr. Stresemann erklärte hierzu, daß dies der einzig richtige Standpunkt sei, wenn wir wollten, daß wir gesundeten.

Bei der auswärtigen Politik kam Dr. Stresemann auch auf das Wiesbadener Abkommen zu sprechen mit der Schlußerklärung, daß das Wiesbadener Abkommen von der Deutschen Volkspartei gebilligt werden könne. Im wesentlichen sagte er folgendes dazu: Das Wiesbadener Abkommen unterliegt einer lebhaften Kritik. Der Reichsverband der deutschen Industrie, dem ein großes Sachverständnis auf diesem Gebiet zuzutrauen ist, hat den Darlegungen des Ministers Rathenau mit ziemlichem Beifall zugestimmt, wenn er es auch an Kritik nicht hat fehlen lassen. Das Wiesbadener Abkommen in Bausch und Bogen zu verwerfen, halte er nicht für richtig. Rathenau stellt sich auf den Standpunkt, daß alles Arbeiten der Notenpresse unsere Mark nicht so entwertet habe, wie es der Aufkauf der Devisen in den letzten Monaten getan habe. Dann sagt Rathenau, daß wir versuchen wollten, an Stelle des Aufkaufs von Devisen, der unsere Valuta ruiniere, mit Sachleistungen unsere Entschädigung zu bezahlen. Dieser Gedanke ist richtig. Man könnte den Einwurf machen, daß der gegenwärtige Stand der deutschen Mark zu einer Exporthausse führe. Ich halte aber diesen Zustand für innerlich krank; unsere wirtschaftliche Lage darf nicht auf Schwankungen gestellt werden. Was wir jetzt sehen, ist eine tropische, ungesunde Entwicklung. Durch die Entwertung unserer Valuta leidet am meisten die Mittelschicht unseres Volkes, das beste, was wir noch haben. Wir haben heute höhere Beamte, die ihren Söhnen nicht mehr eine Hochschulbildung bieten können. Einer unserer ersten Gelehrten muß seine Bibliothek verkaufen, weil er das Geld für eine entsprechende Wohnung nicht mehr aufbringen kann. Diese Kreise, die am meisten ringen müssen, stehen vor der Gefahr von Verhältnissen wie in Wien und im übrigen Österreich, wo allmählich ein Verhungern der geistigen Mittelschicht vor sich geht. Dazu können Sachleistungen an Stelle des Devisenkaufs dienen. Frankreich hat erklärt, daß es selber so sehr in Sorgen sei, wie es seinen Franken halten könne, und fordert, daß uns unsere Sachleistungen, wenigstens für die ersten Jahre, nur zum Teil gutgeschrieben würden. Man begrüßt bei uns die Tendenz des Wiesbadener Abkommens, aber man kritisiert die Nichtanrechnung der überwiegenden Mehrzahl dieser Sachleistungen. Ich bezweifle, daß diese Bestellungen alle in Deutschland gemacht werden, besonders bei der großen allgemeinen Arbeitslosigkeit in Frankreich. Doch das ist die Sache des Herrn Loucheur. Das Wiesbadener Abkommen, das sich bemüht, den Verhältnissen gerecht zu werden, um eine weitere Entwertung der Mark zu verhindern, kann von uns gebilligt werden.

Der Parteitag stellte Dr. Stresemann ein einmütiges Vertrauensvotum aus. Die große Versammlung erhob sich von den Sitzen und spendete minutenlangen Beifall. Unter den versammelten Vertretern bemerkten wir zahlreiche führende Männer der niederrheinischen Großindustrie, der Schiffahrt und des Großhandels, die sich spontan an der Huldigung Stresemanns beteiligten.

---

einen herrlichen Anblick und kühlenden Schatten. Die Stämme sind meist glatt und haben einen größeren Durchmesser von wohl 10 Fuß. Die Aussicht vom Schlosse ist bezaubernd. Mexiko und die imponierenden herrlichen Berggruppen, welche das Thal rings umgeben, die schön an den Abhängen liegenden Dörfer und Haziendas (Höfe), die großen Ebenen mit ihren hier und da einzeln stehenden Kegelbergen, gewähren einen unbeschreiblichen Anblick. Im östlichen Hintergrunde sahen wir am Flusse des Gebirges den See von Chalco und die enormen Pyramiden der alten Mexikaner, der Sonne und dem Monde geweiht. Ich werde sie näher sehen und mich überzeugen, ob sie nicht umgestürzte kleine Vulkane sind. Mehr zur Rechten der Stadt, mit ihren vielen Thürmen und Kuppeln, die schneebedeckten Hochgebirge und gegen Südost das prächtige Dorf Tepujacualco mit dem Sitze des Erzbischofes. Wir sahen die beiden riesenmäßigen Wasserleitungen, welche auf schönen Schwibbogen der Stadt aus der Entfernung einer starken Stunde gutes Wasser in hinreichender Menge zuführen.

den 27. Juni 1828.

Am 11ten gingen wir, nämlich Herr Stein, Herr Brachetti, Friedrich und ich, von Mexiko ab. Der Tag war heiter wie alle seither, aber ungeheuer windig. Wir erstickten fast im Staube. Gegen Abend kamen wir zu St. Juan Teotihuacan in der Nähe der schon erwähnten Pyramiden, an, die wir am folgenden Tage bestiegen. Mir schienen es Berge aus Trachitsand zu sein, in welchem Geschiebe von Lava und Trachytporphyren lagern. Wahrscheinlich sind sie bei dem Abzuge des Sees, der einst das Plateau von Teotihuacan erfüllte und dessen Wasser den lockeren Sand hinwegführte, stehen gelassen worden. Die Indianer gaben ihnen nur die pyramidale Form. An den Abhängen fanden wir eine große Menge von künstlich geschlagenen Obsidianstücken, deren sich die alten Indianer zu Opferwaffen bedient haben mochten. Humboldt hat sich ausführlich über diese alten Denkmale geäußert, leider habe ich aber alles nur sehr flüchtig übersehen können was er über Mexiko geschrieben hat.

Am 12ten langten wir zu Pachuco an. Auf dem schönen Wege dahin sahen wir eine uns ganz neue Kaktusart. Die Pflanze war fast kugelförmig und ragte nur zur Hälfte aus dem Boden. Sie war mit schönen regelmäßigen Stacheln besetzt und die größten mochten wohl acht Zoll Durchmesser haben. Trefflich nahmen sich in dem vor uns liegenden Hintergrunde die hohen und durch ihre Form ausgezeichneten Porphyrfelsen los Organos (die Orgeln) aus. Wir freuten uns darauf sie in der Nähe zu sehen denn eine der Silbergruben des Vereins liegt am Fuße desselben. Von Pachuco nach Chico führte uns ein Weg den zu reiten man in Europa für rein unmöglich halten würde,, auch glaube ich, daß man ein solches Wagestück nur auf mexikanischen Rossen zu Stande bringen kann. Dennoch haben wir seitdem noch gräßlichere Wege zurückgelegt. Die Sicherheit und Gewandtheit der hiesigen Pferde ist wirklich bewundernswert und man gewinnt bald Vertrauen zu diesen guten Tieren. Friedrich meinte, daß man in Europa für verrückt gehalten würde, wenn man solche Wege reiten wollte. Sie gehen steil wie ein Dach, schlangenförmig über und zwischen Felsen hindurch und dicht an den furchtbarsten Abhängen her, in die man ohne Schwindel nicht hinabsehen kann. Es sind nur schmale Pfade, aus welchen überall Felsenspitzen hervorragen und kleine Felswände, zwischen welche die Pferde ihre Füße sehr

Wie es kommen mußte!

Trotz Herrn Wirthens schöner Worte,
Seiner Bitten, Flehn und Klagen,
Hat man wieder uns die Pforte
Vor der Nase zugeschlagen.
Mit der Demut eines Hundes
Warteten wir sonder Grämen,
Aus dem Mund des Völkerbundes
Unser Schicksal zu vernehmen.
Wenn's Herr Wirth auch besser wußte,
Sich im Optimismus sonnte,
Kam es, wie es kommen mußte,
Wie's nicht anders kommen konnte.
Immer neue, große Fetzen
Reißt man uns von unserm Kleide;
Wir bestaunen's mit Geschwätzen,
And're handeln uns zum Leide.
Uns am Körper, kaum noch stillbar,
Frißt der Brand nun schon seit Wochen,
Weil das eine „Unerfüllbar"
Feige wir nicht ausgesprochen.
Wie uns die Sanktionen bleiben,
So geht Schlesien halb verloren;
Ratlos seh'n wir zu dem Treiben
Einer Welt, die sich verschworen.
Nur ein Lichtstrahl fällt von oben
Durch geborst'ner Dächer Spalten;
Laßt uns nörgeln nicht, nein, loben:
Unser Wirth bleibt uns erhalten!

Cyprian.

Die Kundgebung im Abgeordnetenhaus.

Der preußische Landtag hat am vorigen Donnerstag seine Stimme laut erhoben, um gegen den schändlichen Rechtsbruch, den die Entente in Oberschlesien verüben will, feierlich Verwahrung einzulegen und das Gelöbnis unwandelbarer Treue zu Oberschlesien abzulegen. Diese Kundgebung war um so notwendiger, als der Reichstag gegenwärtig nicht tagt. Die Erklärung, die der Präsident Leinert namens des Abgeordnetenhauses abgab, war würdig und eindrucksvoll. Die parteipolitischen Gegensätze, die dem Deutschen ja leider so tief im Blute stecken, waren diesmal doch so weit überwunden worden, daß von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten einschließlich eine einheitliche Front gebildet war. Wie ein Mann erhoben sich die Angehörigen dieser Fraktionen, als der Präsident die Erklärung verlas, und dieses eindrucksvolle Bild machte es zur Gewißheit, daß in dieser Stunde tiefer vaterländischer Not alle Kreise und alle Schichten des deutschen Volkes zusammenstehen und sich geschlossen gegen die Vergewaltigung deutscher Erde und deutscher Volksgenossen zur Wehr setzen. Leider war das Bild nicht ganz ungetrübt. Die Unabhängigen und die Kommunisten konnten sich nicht entschließen, für die Erklärung mit einzustehen. Sie blieben demonstrativ sitzen und gewannen es sogar über sich, den Eindruck der Kundgebung durch Zwischenrufe zu stören. Aber sie konnten durch dieses schnöde Verhalten den Wert und den tiefen Eindruck der Kundgebung doch nichts Wesentliches nehmen. Man hat sich von den Kommunisten nichts besseres versprochen, da man bei ihnen eine bewußt vaterlandsfeindliche Haltung gewöhnt ist. Wenn es die Unabhängigen im Abgeordnetenhaus für gut fanden, sich mit diesen bewußt vaterlandslosen Gesellen in eine Linie zu stellen, so haben lediglich sie den Schaden davon. Sie beweisen dadurch, wes Geistes Kind sie sind. Der Geschlossenheit, mit der das ganze Deutschland für Oberschlesien einsteht, vermögen diese Splitter keinen Abbruch zu tun.

Die Zusammensetzung der Deutschen Volkspartei.

Wenn mit der offenbaren Absicht der Herabsetzung und Verhetzung von gewisser Seite die Deutsche Volkspartei als „stinnesiert", als die Partei der Industriemagnaten und des Großkapitals bezeichnet wird, so kann man sich mit einem gewissen Achselzucken darüber hinwegsetzen. Man hat sich aber auch in der letzten Zeit in ernst zu nehmenden politischen und anderen Kreisen daran gewöhnt, die Deutsche Volkspartei als die Partei der Industrie und des Besitzes zu betrachten. Auch der Reichskanzler hat sich in einem Interview mit einem Vertreter des „Petit Parisien" zur Rechtfertigung der viel besprochenen Erweiterung der Regierungsgrundlage geäußert, wir brauchten eine Regierung, die hinter sich die Arbeiter, vertreten durch die Sozialdemokratie, ebenso wie die besitzenden Klassen habe, die durch die Deutsche Volkspartei vertreten würden. Auch hier begegnet man der gleichen Auffassung. Es scheint uns doch an der Zeit zu sein, einmal darauf hinzuweisen, wie unrichtig und wie schief solche Ansichten sind.

Ist es schon falsch, heute die Sozialdemokratie schlankweg als die berufene Vertreterin der Arbeiterschaft oder, wie sich die Sozialdemokraten selbst gern nennen, der werktätigen Bevölkerung anzusprechen, so ist es noch viel falscher, die Deutsche Volkspartei lediglich als die der Industrie und des Besitzes zu betrachten. Die Sozialdemokratie umfaßt heute auf der einen Seite sehr viel mehr Berufsschichten, als lediglich Arbeiter im engeren Sinne des Wortes: es gehören sogar ziemlich viele wohlhabende und sogar reiche Leute zu ihr. Auf der anderen Seite ist durchaus nicht die sozialdemokratische Partei als die berufene Vertreterin der Arbeiterschaft als solcher anzusprechen. Im Gegenteil, gerade in der Deutschen Volkspartei finden wesentliche Teile unserer Arbeiterschaft die berufenste Vertretung, wovon man sich durch einen Blick in die Mitgliederliste der Fraktionen der Deutschen Volkspartei im Reichstag, im preußischen Landtag und in den Gliedstaaten leicht überzeugen kann. Ferner ist die Deutsche Volkspartei, wenn auch nicht ausschließlich, so doch vornehmlich die Vertreterin des gewerblichen Mittelstandes, worüber wiederum die Zusammensetzung der Fraktionen im Reichstag und in Einzellandtagen genügend Aufschluß zu geben vermag. Daneben ist die Industrie allerdings in der Deutschen Volkspartei in hervorragendem Maße vertreten, und sie ist stolz darauf, die besten Köpfe der deutschen Industrie und Technik zu ihren Mitgliedern zählen zu dürfen. Aber auch Männer der Wissenschaft — es sei hier der Name Kahl genannt! — fühlen sich wohl in den Reihen der Deutschen Volkspartei und gehören zu ihren eifrigsten Mitarbeitern. Daß dasselbe von allen Teilen der Beamtenschaft und des Lehrerstandes gilt, braucht einem Kenner unseres politischen Lebens nicht erst besonders gesagt zu werden. Und wenn zum Schluß erwähnt wird, daß die Deutsche Volkspartei auch in Land- und Forstwirtschaft sehr starken und willkommenen Anhang besitzt, so ist auch das durchaus nichts Neues. So umfaßt die Deutsche Volkspartei getreu ihrem Namen alle Berufs- und Schaffenskreise des deutschen Volkes. Sie fühlt sich nicht als die Vertreterin eines einzelnen Standes oder Berufes, sondern sie stellt sich rückhaltlos in den Dienst des großen Ganzen.

Die verfassungswidrige Einrichtung weltlicher Schulen.

Von Dr. O. Boelitz, M. d. L.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wie im Deutschen Reichstag haben die Fraktionen der Deutschen Volksaprtei und der Deutnationalen nun schon über ein Jahr lang gegen die Errich-

---

geschickt und ohne Fehltritt zu setzen wissen. Man steigt weder bergauf noch bergab herunter, weil das Gehen in der dünnen Bergluft höchst beschwerlich ist.

Die hiesige Grube hat einen großen Wert, doch dürfte solche noch ein paar Jahre Zuschuß erfordern. Einen eigenen Eindruck macht das Tal von Chico, wenn man es eigentlich so nennen könnte, denn Talgrund ist nirgends zu finden. Von allen Seiten laufen steile und enge felsige Schluchten zusammen, wodurch ein wild aussehender Kessel gebildet wird, dessen Rand mit himmelhohen Porphyrfelsen umgeben ist. Der einzige Ausgang dieses Kessels hat fast senkrechte Felsenabhänge, an welchen man hin und wieder bis zu Tage abgebaute Gangräume bemerkt, aus denen reiche Silbererze gewonnen wurden.

Am 21ten gingen wir nach Sta Rosa und kehrten Sonntags zurück. Wir haben gestern die hier entworfene Betriebszeit und Geldpläne ausgearbeitet und heute zur Post gegeben, um die Direktion einigermaßen zu trösten. Herr Schuchard und Herr Nöggerath haben uns freundlich empfangen und ich habe alle Ursache mit dem Betragen der Beamten zufrieden zu sein. Auch einen Herrn Manso aus dem Gothaischen habe ich als Rechnungsführer hier vorgefunden. Er scheint ein recht ordentlicher Mann zu sein. In wenigen Tagen hoffe ich deinen Freund Spangenberg zu sehen, lieber August. Ich höre hier nur Gutes von ihm und freue mich darauf, seine Bekanntschaft zu machen.

Könnte ich nur zuweilen ein Stündchen mit Euch verplaudern über alles das, was wir gesehen haben und wüßten wir wie es Euch geht. Hoffentlich bringt uns das nächste Paketboot Briefe von Euch, die wir mit so viel größerer Sehnsucht erwarten, da unsere Hoffnung, deren mit den zuletzt angekommenen zu erhalten, getäuscht wurde, ich konnte mir übrigens denken, daß es dir, liebe Louise, sehr an Zeit gefehlt haben wird.

Wir alle befinden uns wohl; Morgen werden wir von hier nach Zimapan und Jose del Oro abgehen und von da unsere Reise nach Angangueo und Rincon fortsetzen. Ich habe wegen dieses nahen Aufbruchs noch manches zu tun und schließe mit dem Wunsche, daß es Euch allen wohl ergehen möge.

Herzliche Grüße an alle Verwandten und Freunde

Schmidt.

Meine Versicherung über 5000 Taler wird jetzt in deinen Händen sein. Besser ist es aber doch wohl, wenn ich zurückkomme?

Angangueo, den 20. Juli 1828.

Es ist mir schmerzlich gewesen, daß ich auch mit dem kürzlich in Vera Cruz angekommenen zweiten Paketboote keine Nachricht von Euch erhalten habe, da aber Herr Schiede, sicherem Vernehmen nach, mit solchem angekommen ist, so hege ich noch die Hoffnung, daß mir derselbe Eure Briefe mitbringt und daß ich solche bei meiner baldigen Rückreise nach Mexiko dort vorfinden werde. Ich wäre schon in deren Besitz, wenn Ihr sie an die Direktion des Deutsch-amerikanischen Minenvereins in Elberfeld abgegeben hättet, durch den ich meine Depeschen immer am schnellsten und sichersten erhalte.

Ich habe eine höchst interessante, aber sehr beschwerliche Reise gemacht. Für die Mühen und Gefahren werde ich indessen dadurch reichlich entschädigt, daß mein Geschäft nach Wunsch von statten geht, und daß ich, sowie Friedrich und die übrigen Herren alle Beschwerden ohne Krankwerden ertragen haben. Der Himmel hat

tung „weltlicher Schulen", die allenthalben, vor allem in Preußen zu beobachten ist, Verwahrung eingelegt. In kleinen Anfragen haben sie mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß ihre Errichtung gegen den Artikel 174 der Reichsverfassung verstoße, und in Anträgen haben sie — bisher vergeblich — auf die Behandlung der ganzen Frage vor dem Forum der Parlamente gedrängt. Solange Haenisch in Preußen an der Spitze des Kultusministeriums stand, konnte trotz aller Bemühungen eine Klärung nicht erreicht werden: er bestritt die Errichtung weltlicher Schulen und betonte, daß er nur seine Genehmigung zu der Zusammenfassung solcher Kinder, die vom Religionsunterricht befreit werden wollten, zu sogenannten Notklassen gegeben habe. Daß unter seiner stillschweigenden Duldung überall solche Notklassen, ja ganze Notsysteme und weltliche Notschulen wie Pilze aus der Erde schossen, wird ihn, der sich selbst als den ungeduldigsten aller Reformer bezeichnet hat, nur gefreut haben: er sah sein Ideal, die rein weltliche Schule, kommen; ob dabei die Verfassung Schaden litt, war zweite Sorge.

Die Deutsche Volkspartei hat keinen Zweifel darüber belassen, daß sie dieser Richtung der Politik des Herrn Haenisch schärfsten Kampf ansagt. Sie weiß, daß die neue Reichsverfassung die rein weltliche Schule allen denen garantiert, die ihre Kinder ohne Religion erzogen wissen wollen, und sie läßt jedem die Ausübung seiner Gewissensfreiheit, sie hält aber anderseits unbedingt an dem Sperrparagraphen fest, der ausdrücklich die reichsgesetzliche Regelung vorsieht und bestimmt, daß es bis zum Erlasse des in Artikel 146 Abs. 2 vorgesehenen Reichsschulgesetzes bei der bestehenden Rechtslage bleibt. Es ist nicht angängig, daß in dieser Zeit des Übergangs, in der nicht einmal die Definitionen der verschiedenen Schultypen der Zukunft feststiegen, plötzlich neue Schularten entstehen, deren Unterrichts- und Erziehungsinhalt selbst bei denen umstritten sind, die sie fordern. Wie soll sich dann der Aufbau dieser Schulen gestalten, die vor der Hand nichts anderes sein können als Experimentierschulen und Probierschulen einander widersprechender Geister? Wer schreibt ihre Lehrpläne — vom „Lehrplan" ganz zu schweigen —, wer verfaßt ihre Lehrbücher? Denn ohne die gehts selbst in den berühmten Erlebnisschulen auf die Dauer doch nicht nicht. Wir verlangen klare, geordnete Verhältnisse Man gehe allen Ernstes an die reichsgesetzliche Regelung heran, bis dahin muß die Befreiung vom Religionsunterricht alle die beruhigen, die die religionslose Erziehung ihrer Kinder nicht schnell genug erreichen können

Es ist erfreulich, daß der neue preußische Kultusminister Dr. Becker bereits zweimal das Wort zu „der überstürzten Einrichtung weltlicher Schulen" genommen hat. Wir glauben es ihm gerne, daß ihm die Politik seines Vorgängers die Stellungnahme nicht erleichtert; trotzdem ist anzuerkennen, daß er in beiden Erlassen deutlich von seinem Amtsvorgänger abrückt. In seinem ersten Maierlaß warnt er vor dem ungestümen Eifer, entgegen der Verfassung „weltliche Schulen" zu begründen; er übernimmt dabei absichtlich den Terminus „weltliche Schulen" und macht darauf aufmerksam, daß der Ministerialerlaß vom 11. Dezember 1920 nur so ausgelegt werden dürfte, daß vom Religionsunterricht dispensierte Kinder lediglich in Notklassen vereinigt werden dürften, von weltlichen Schulen sei keine Rede. — Inzwischen ist Herrn Dr. Becker das Material zugänglich gemacht worden, das deutlich zeigt, daß selbst amtliche Stellen gegen en klaren Wortlaut der Verfassung für die Einrichtung weltlicher Schulen geworben haben. Mit erfreulicher Klarheit hat er daraufhin die Regierung in Arnsberg, in deren Bezirk zweifellos amtlich falsch verfahren war, folgendermaßen beschieden: „Alles, was auch nur den Anschein erweckt, daß ein Verfahren stattfindet, wie es Artikel 146 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Errichtung weltlicher Schulen vorsieht, z. B. daß die dort vorgesehene amtliche Feststellung des Willens der Erziehungsberechtigten vorweg genommen wird, ist zu vermeiden . . . Werden diese „Not-) Klassen für die am Religionsunterricht nicht mehr teilnehmenden Kinder im dortigen Bezirk bei Freund und Feind als weltliche Schulen bezeichnet, so ist dieser Auffassung und Bezeichnung entgegenzutreten."

Wir begrüßen es, daß das preußische Kultusministerium nunmehr der Verfassung zu ihrem Rechte verhelfen will. Wer die Schule lieb hat, muß sie vor dem Chaos bewahren, in das sie eine skrupellose Agitation stoßen möchte. Bedauerlich bleibt es, daß der neue Kultusminister nicht die Kraft findet, das Erbe seines Vorgängers zu beseitigen, das in der Zusammenfassung von Notklassen zu ganzen Systemen, ja Schulen liegt. Das alte preußische Schulunterhaltungsgesetz kennt keine konfessionelle Schule ohne Religionsunterricht", und mit Recht ist gegen diese Bezeichnung schärfster Protest eingelegt worden; Herr Becker hatte ruhig noch einen Schritt weiter gehen sollen und auch mit dieser Abart deutscher Schulen aus der Ära Haenisch aufräumen sollen.

Aber nicht nur der preußische Kultusminister, auch der Reichsminister des Innern hat in diesen Tagen zu der Frage der weltlichen Schulen Stellung genommen. Er sagt auf eine Interpellation im Reichstag unter dem 24. August d. J. ausdrücklich, „daß weltliche Schulen solange nicht einzurichten sind, als reichs- und landesgesetzliche Bestimmungen zur Ausführung des Artikels 146, Abs. 2 der Reichsverfassung nicht erlassen worden sind" und erklärt allen Stürmern und Drängern zum Trotz, daß es zurzeit noch keinen Typus einer weltlichen Schule gebe. Wo Notverhältnisse in Preußen zu der Abzweigung von Notklassen und Notsystemen ohne Religionsunterricht geführt hätten, dürften diese Klassen nicht mit weltlichen Schulen identifiziert werden, und setzt ausdrücklich hinzu: „Der Lehrplan der Schulen bleibt einschließlich der Stunden für Religionsunterricht unverändert; dieser ist jederzeit zu erteilen, sobald diejenige, die über die religiöse Erziehung der Kinder zu bestimmen haben, es wünschen."

Soviel ist also gewonnen, daß endlich Reichsregierung und Staatsregierung dem Mißbrauch entgegentreten, der unter dem Kultusminister Haenisch bedenkliche Formen angenommen hatte. Trotz dieser erfreulichen Stellungnahme bleibt aber eine Halbheit, die nur durch ein bald zu verabschiedendes Reichsschulgesetz beseitigt werden kann. Denn der augenblickliche Zustand, dessen rechtliche Grundlage bei der Beratung des Kultusetats kritisch beleuchtet werden wird, lädt immer wieder zu verfassungswidrigen Maßnahmen ein.

Die Tumulte in Siegen.

Rede des Abg. Thiel von der Deutschen Volkspartei über die Plünderungen im Siegerland. (Nach dem stenogr. Bericht.)

Meine Damen und Herren! Einer der Vorgänge, die ganz besonderer Aufmerksamkeit bedürfen und denen insbesondere auch die Reichsregierung ihre Aufmerksamkeit zuwenden möchte, sind die Vorgänge im Siegerlande am 9. und 10. September. Auch dort waren die breiten Massen an diesen Tagen zu Demonstrationen zusammengekommen. Auf dem Bismarckplatz in Weidenau wurden Reden gehalten, die die breiten Massen in eine Stimmung

---

uns auf ganz ungewöhnliche Weise begünstigt, denn ungeachtet, daß wir in der Regenzeit reisten, sind wir noch nicht einmal naß geworden. Friedrich habe ich zu Toliman unweit Zimapan, mit seinem braven Pferde und einem Maultiere zum Transport seines Bettes und seiner Effecten zurückgelassen. Er soll dort Entsilberungsversuche und zu Jose del Oro Versuche mit Aufbereitung der Erze machen. Das dortige Klima ist vortrefflich und die herrlichsten Südfrüchte kann er, wenn er nur zur Türe hinausgeht, pflücken.

Unser Zug gleicht immer einer großen Karawane. Bei den schlechten Wegen muß jeder zwei Pferde bei sich haben, um abwechseln zu können, auch kann man auf jeden ein Maultier rechnen. Da wir nun 5—6 berittene Bedienten haben und unserer gewöhn- 6—7 zusammen sind, so gibt dieses ein Zug von 30 Tieren. In den Herbergen findet man nichts als ein schmutziges Zimmer mit einem schlechten Tische und im glücklichsten Falle mit einer Bank. Unsere Betten müssen die Maultiere mitschleppen. Noch immer vergeht uns kein Reisetag, an welchem wir nicht ein neues Tier oder eine neue Pflanze sehen, oft eine Menge mit einem Male. Hier gibt es wunderschöne und ganz ungemeine große Papageien, von denen wir schon einige erlegt haben. Diese Art lernt es aber nicht, die menschliche Stimme nachzuahmen. Der lieben Minna bringe ich einen kleinen Plauderer mit.

Wir wohnen hier in einer Schlucht zwischen himmelhohen Gebirgen. Ein Loch, in welches die Sonne kaum einige Stunden hinein scheint; doch werden wir 8 Tage lang aushalten müssen. Dann ziehen wir nach Rincon und von da endlich nach Mexiko zurück, wo ich wohl einen Monat mich aufhalten werde, ehe ich meine zweite und hoffentlich letzte Bereisung der Werke beginne. Müde bin ich gestern hier angekommen und heute habe ich bei vielen Unterbrechungen eine mehrere Bogen lange Depesche nach Elberfeld befördert. Ich muß daher für heute schließen. Der Himmel gebe, daß Euch diese Zeilen vergnügt und gesund treffen, und daß mir Herr Schiede Briefe von Euch bringt. Wenigstens hoffe ich in solchen die Meldung Deiner Ankunft in Cassel zu finden.

Lebt wohl und grüßt mir alle Verwandte

Euer Schmidt.

Daß ich Dir nicht besonders schreibe, lieber August, nimmst Du mir gewiß nicht übel, wenn ich Dir sage, daß ich meine Zeit so gut als möglich anwende, um bald in's liebe Vaterland zurückzukehren. Wilhelm Stein, den Jüngeren, (des Bergmeisters Sohn) und Herrn Sietze habe ich hier getroffen. Ersterer will mit mir zurück, um mit Friedrich Freiberg zu besuchen.

Auch die Herren Koch und Utsch haben wir vorgestern in Talpuchahua gesprochen. Letzterer hatte das Unglück, in unserem Beisein so zu stürzen, daß er nach Hause getragen werden mußte, doch fanden sich die Wunden nicht gefährlich.

Zu den vielen Eigentümlichkeiten dieses Hochlandes gehört es besonders, daß man sich an ein und demselben Tage abwechselnd in heißen und in kalten Klimaten befinden kann, welches von den sehr verschiedenen Höhen herrührt. Bald ist man nur 6000, bald 8—9000 Fuß über dem Meere. Die Temperaturverschiedenheit übt einen großen Einfluß nicht nur auf die Vegetation und die Art der Pflanzen, sondern auch auf die Tiere aus.

(Fortsetzung folgt.)

der Raserei versetzen. Die Folge dieser Reden war die, daß auch hier zur Tat geschritten wurde. Man zog zu den Elektrizitätswerken des Siegerlandes hin und versuchte, sie stillzulegen. Man nahm schließlich davon Abstand, als ein Steiger den Leuten entgegentrat und ihnen klar machte, daß dadurch die noch im Bergwerk befindlichen Bergleute aufs äußerste gefährdet würden, weil sie nicht herausgeholt werden könnten. Damit war diese Gefahr abgewendet. Aber dann zog man zu den Gaswerken hin und erhob auch dort die Forderung der Stillegung. Vom Gaswerk nahmen die Massen dann den Weg zum Bahnhof und zur Kölner Straße. Auf diesem Wege hat eine so brutale und sinnlose Zerstörung stattgefunden, wie sie in diesen ganzen Wochen wohl einzig dastehen wird. Nicht weniger als 60 Spiegelscheiben wurden eingeschlagen, 30 Geschäfte wurden geplündert. (Hört! hört bei der D. Vp.) Schüsse wurden abgegeben, Verwundungen bei Inhabern von Geschäften sind festgestellt. (Hört! hört! bei der D. Vp.) Um 3,30 Uhr nachts gelang es den herbeigerufenen Landjägern, schließlich die Ruhe wieder einigermaßen herzustellen. (Zuruf der D. Vp.: Wo sind die Waffen hergekommen? — Gegenrufe links.) Der Sachschaden, der entstanden ist, wird von Sachverständigen auf mindestens 15 bis 20 Millionen Mark beziffert. (Hört! hört! bei der D. Vp. und bei den Deutschnationalen.) Meine Damen und Herren! Eine ganze Anzahl geschädigter kleiner Kaufleute stehen infolge dieser Vorgänge vor dem Bankrott. Wir sehen hier, daß auch diese Kundgebungen außerordentlich tief in die wirtschaftliche Existenz eingreifen und damit der Erfüllung der uns auferlegten Lasten, zu der alle wirtschaftlichen Kräfte angespannt werden müssen, neue Schwierigkeiten in den Weg legen. Angesichts dessen darf man doch die Frage aufwerfen: **Wie stellt sich die Reichsregierung zur Entschädigung der so Geschädigten, welche Maßregeln will sie treffen, um derartige Vorkommnisse künftig unmöglich zu machen?** An die Linksparteien aber möchte ich die Frage richten: Wie vermögen Sie es zu verantworten, schweigsam an den Vorgängen vorüberzugehen, wie vermögen Sie es weiter zu verantworten, die Massen in solcher Zahl auf die Straße zu putschen, sie aufzureizen, wenn Sie sie nachher nicht mehr in der Hand haben? Die Disziplin in diesen Massen hat sich derartig gelockert, daß in zahlreichen Fällen diese Massen Verlangen an die Behörden stellen, die geradezu haarsträubend sind. (Sehr richtig! bei der D. Vp.)

22 Trillionen Steuern!

22 000 000 000 000 000 000.

Von größtem Interesse ist ein Vortrag, den der Volkskommissar der Finanzen Krestinski Ende September in Moskau über die neue Finanzpolitik der Sowjetregierung gehalten hat. Der dreistündige Vortrag ist ein neuer Beweis für den Bankerott der Wirtschaftspolitik der Bolschewisten und ein Zeichen dafür, daß sie auch auf dem Gebiete der Finanzpolitik bereit sind, ihre bisherigen Lehren in das Gegenteil umzuwandeln. Es versteht sich von selbst, daß Krestinski den Bankerott der Sowjetmachthaber, zu denen er ja selbst gehört, nicht offen zugibt. Darauf kommt es aber auch gar nicht an. Entscheidend ist, daß die Bolschewisten in Wirklichkeit eine Finanzpolitik zu verfolgen beginnen, die ihren bisherigen Lehren direkt widerspricht. Das zeigt sich unter anderem in der Besorgnis um den Kursdes Sowjetrubels. Während früher eine derartige Besorgnis als „Konter-revolutionär" bezeichnet wurde, und ein bolschewistischer Volkswirtschaftler es sogar fertig brachte, zu erklären, daß die Aufgabe des kommunistischen Staates gerade darin bestehen müßte, den Rubel völlig zu entwerten und dies das Ziel einer wahren kommunistischen Wirtschaftspolitik sei — machen sich jetzt in der Sowjetrepublik energische Maßnahmen bemerkbar, den Kurs des Sowjetrubels mit allen Mitteln zu heben!

Krestinski sprach von einem „wahnwitzigen Sinken" des Kurses des Papierrubels und führte dieses Sinken auf den Mangel von Waren auf dem Markte und die ständig wachsende Ausgabe von Papiergeld zurück. Zu einer Festlegung des Rubels sei es, so führt er aus, unbedingt notwendig, die beiden erwähnten Gründe zu beseitigen. Von einer Sicherstellung des Papiergeldes durch einen Goldbestand könne natürlich nicht die Rede sein. Von größtem Interesse ist es übrigens, daß Krestinski genau ebenso wie Krassin dies kürzlich getan hat, ausdrücklich betonte, daß der Goldbestand der Sowjetregierung „nichtgroß" sei und für den Außenhandel verausgabt werden werde. Der weiteren Ausgabe von Papiergeld will Krestinski durch Erhebung von Steuern vorbeugen, während bekanntlich die Bolschewisten noch vor kurzer Zeit nicht müde wurden zu betonen, daß die Sowjetbürger in der angenehmen Lage seien, alles vom Staat umsonst zu erhalten, zum Unterschied von den kapitalistischen Staaten, die ihre Bürger ausplünderten. Übrigens betont Krestinski, daß eine Einschränkung der Ausgabe von Papiergeld und die Verringerung des Fehlbetrages im Haushalt durch Finanzregelungen allein nicht erzielt werden könne, sondern daß es in erster Linie darauf ankomme, die russische Volkswirtschaft zu heben.

Über den bolschewistischen Haushalt macht Krestinski folgende Angaben: er beträgt für das Jahr 1921 — 22 Trillionen Rubel. Von dieser Summe werden allein 9 Trillionen für die von den Bolschewisten nationalisierte Industrie verausgabt, die bekanntlich — zum Beweise dessen, daß der Kommunismus mit der Steigerung der Produktion identisch ist — zum Teil nur einen halben Prozent der Vorkriegsproduktion erzeugt! Krestinski betont ausdrücklich, daß die Tatsache des gewaltigen Fehlbetrages im bolschewistischen Haushalt sich in erster Linie dadurch erkläre, die nationalisierte Industrie mit großen Verlusten arbeite. Ferner betont er, daß die Einnahmen der Sowjetrepublik mit der Entwicklung „privatwirtschaftlicher Operationen" naturgemäß anwachsen würden.

Die Hoffnung der Sowjetmachthaber, daß die Privatindustrie die Einnahmen des Staates so steigern würde, wie es notwendig ist, um diese schwindelhaft hohe Summe für die Staatskasse einzunehmen, wird wohl auch zu Grabe getragen werden, wie schon manche andere Hoffnung, denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, in solch einem außer Rand und Band geratenen Staate mit seinem ungeheuren Wust von Bestimmungen eine Privatindustrie aufzubauen. Wer wird also letzten Endes die Steuern zahlen? Das arme russische Volk, der russische Arbeiter und Bauer, der heute selbst vor dem Hungertod steht, muß auch diese Last auf sich nehmen, denn die Kapitalisten, diese „Pest der menschlichen Gesellschaft", sind in dem russischen Paradies verschwunden.

Die Lage der Arbeiterschaft in Rußland.

Von einem Deutschen, der 25 Jahre in der russischen Hüttenindustrie tätig gewesen ist und dann noch vom Frühjahr 1918 bis Oktober 1920 bei der ukrainischen Sowjetregierung an leitender Stelle Dienste getan hat, daher über alle Verhältnisse genau unterrichtet ist, wird in einer Nummer von „Stahl und Eisen" ein sehr interessanter Aufsatz veröffentlicht, dem folgende Schilderungen über die Lage der Arbeiterschaft in Rußland entnommen seien: Der Arbeiter kann mit seinem geringen monatlichen Verdienst von höchstens 6000 Rubel und dem üblichen Prämienzuschlag von 130 Prozent bei den herrschenden unerschwinglichen Lebensmittelpreisen nicht seinen Lebensunterhalt bestreiten. So kostet z. B. ein sehr minderwertiges, kaum genießbares Brot 600 Rubel, Fleisch 1300 bis 2000 Rubel, Fett und Butter 5000 bis 6000 Rubel das Pfund, Salz kostet 800 Rubel das Pfund, eine Schachtel Zündhölzer 280 Rubel, ein Pfund Kartoffeln 150 Rubel, ein Glas Milch 250 Rubel. Der Preis der Kleidungsstücke, so weit sie überhaupt zu erhandeln sind, ist fast unerschwinglich. Ein Paar Stiefel werden glatt mit 65 000 Rubel bezahlt. Wegen der hohen Preise ist deshalb weder Bekleidung noch das Schuhwerk des Arbeiters zureichend; viele Arbeiter sind fast gänzlich abgerissen und haben keine Aussicht, einen Anzug und ein Paar Stiefel zu bekommen. Die Herren Oberkommunisten aber gehen in Lederanzügen und guten Stiefeln einher; diese Herren erhalten auch Stoffe, um sich Kleider nähen zu können; dagegen müssen die Arbeiter, wenn sie auch Kommunisten sind, in Lumpen gehüllt und barfuß gehen. Ein Streik ist im kommunistischen Rußland ganz unmöglich, denn jede Bewegung zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen wird als gegenrevolutionäre Handlung bewertet und dementsprechend behandelt, d. h. die Führer werden sofort gefangen gesetzt und womöglich erschossen. Es steht wohl allgemein fest, daß die Arbeiterschaft mit der Regierung durchaus unzufrieden ist und täglich bereit wäre, das unerträgliche Joch abzuschütteln; aber die rücksichtsloseste Schreckensherrschaft hält sie in Schach, und sie ist zu kraft- und teilnahmslos, um von selbst gegen das straffe Regiment aufzubegehren. Stellen für Arbeiterschutz gibt es nicht, denn der Gewerkschaftsverband ist von Kommunisten geleitet, erhält somit vom Staate seine Anweisungen und läßt naturgemäß nicht zu, was der Sowjetregierung mißliebig ist. Man muß sich demnach hüten, einen Vergleich zwischen den deutschen und russischen Gewerkschaften zu ziehen; denn diese haben nicht die geringste Macht und Möglichkeit, für die Wohlfahrt ihrer Mitglieder einzutreten.

„Den Finger drauf".

Fieberhafte Eile.

Am 18. September ist in Lüdenscheid ein Attentat auf den Führer der Deutschen Volkspartei, den Abg. Dr. Stresemann, verübt worden, das glücklicherweise ergebnislos blieb. Jetzt, volle vier Wochen später, hat sich das preußische Ministerium des Innern zu der gewaltigen Tat aufgerafft, auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von ℳ 10 000 auszusetzen. Nach der Ermordung Erzbergers wurden sofort von Staats- und Reichsregierung hohe Belohnungen ausgeschrieben und alles in Bewegung gesetzt, um der Mörder habhaft zu werden — durchaus mit Fug und Recht. Ist aber der Unterschied zwischen einem erfolgreichen und einem erfolglosen Mordversuch so groß, um auch einen solchen Unterschied im Behandlungstempo zu rechtfertigen? Uns will scheinen, als ob die fieberhafte Eile, die das preußische Ministerium des Innern in der Lüdenscheider Angelegenheit entwickelt, in keinem Verhältnis zu dem Aufwand steht, der damals entfaltet wurde.....

✣

Die Lüdenscheider Attentäter verhaftet.

Nach einer Meldung der Polizeiverwaltung von Lüdenscheid ist es gelungen, den Täter, der auf Dr. Stresemann in der Stadthalle von Lüdenscheid anläßlich des dortigen Parteitages der Deutschen Volkspartei Revolverschüsse abgab, samt vier Mitschuldigen zu verhaften. Es wurden zunächst am 15. Oktober die Mittäter verhaftet, auf deren Spuren man durch den Verkauf einer Pistole kam. Aus den Aussagen der Verhafteten hat sich dann ergeben, daß der Attentäter ein gewisser Schmidt ist, der zurzeit vier Monate Gefängnis wegen Diebstahls verbüßt. Der Attentäter und seine vier Helfershelfer sind eingetragene Mitglieder der kommunistischen Partei und über 40 Jahre alt, so daß man wohl nicht von einem dummen Jungenstreich sprechen kann. An dem politischen Charakter des Attentats kann demnach kein Zweifel bestehen.

✣

Was uns die Rheinlandsbesetzung bisher gekostet hat.

Der Reichsschatzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die bis Ende März 1921 entstandenen Kosten der Rheinlandbesetzung vorgelegt. Die Besatzungskosten zerfallen demnach 1. in Ausgaben, die den Besatzungsmächten durch ihre Besatzungsarmeen entstehen und für die sie vom Deutschen Reich Erstattung erwarten. Nach Mitteilung des Unterausschusses der Wiederherstellungskommission an die deutsche Kriegslastenkommission betragen diese Kosten für die Zeit vom Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis Ende Dezember 1920, also für 26 Monate, 3 528 379 934 Goldmark. Legt man diesen Betrag der Ermittelung des Bedarfs für drei Monate zugrunde und rechnet man das Ergebnis jenem Betrage hinzu, so ergibt sich eine Gesamtsumme bis Ende März 1921 von 3 936 954 542 Goldmark; 2. in Ausgaben, die dem Deutschen Reich durch unmittelbare und mittelbare Leistungen für die Interalliierte Rheinlandkommission und die Besatzungsarmee erwachsen. Sie betragen bis Ende März 1921 7 313 911 829 Papiermark und 13 Pfennige!

*

Fort mit der Reaktion.

Im Zoologischen Garten zu Leipzig hat ein ganz Schlauer, der es sicher noch sehr weit bringen dürfte, am Käfig der großen Raubvögel das Wort „Kaiseradler" (aquila imperialis) fein säuberlich durchstrichen und darüber geschrieben: Volks-Adler.

Aus der Partei.

Der Stuttgarter Parteitag ist bis auf weiteres wegen der Entscheidung über Oberschlesien verschoben!

✣

Ein Antrag der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

Die Abgeordneten Dr. v. Krause, Meyer (Herford) und Genossen haben am 11. Oktober folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:

das Staatsministerium zu ersuchen, schleunigst dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Not-Teuerungszuschläge zu den Bezügen und Kinderbeihilfen der Beamten (Beamtinnen), Lehrer (Lehrerinnen), Pensionäre und Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. August 1921 und unter Wegfall der Differenzierung nach Ortsklassen wesentlich erhöht und zwar in solcher Höhe festgesetzt werden, daß auch den untersten Besoldungsgruppen das Existenzminimum gewährleistet wird.

✣

Maßnahmen gegen die Kartoffelnot.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, zur Abwendung der Kartoffelnot sofort folgende Maßnahmen zu treffen:

1. **durch eine planmäßige Aufklärung der Bevölkerung ist dahin zu wirken, daß die den Kartoffelpreis in die Höhe treibenden Angstkäufe möglichst unterbleiben;**
2. **durch strenge Grenzkontrolle ist dafür zu sorgen, daß die inländischen Kartoffelvorräte nicht infolge der Valutaspannung in das Ausland verschoben werden;**
3. **geeignete Maßnahmen sind auf dem Verkehrsgebiete zu treffen, um die für die Wintereindeckung notwendigen Transporte ohne Verzögerung und zu möglichst niedrigen Frachtsätzen zu bewerkstelligen;**
4. **die unterstellten Behörden sind nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch im Interesse der reellen Produzenten und Händler dahin anzuweisen, daß von den Wucherbestimmungen rücksichtslos gegen alle Kreise Gebrauch gemacht wird, welche die Kartoffeln in eigennütziger Absicht verteuern.**

Auf den Ausschluß ungeeigneter und unerfahrener Elemente vom Kartoffelhandel ist besonders Augenmerk zu richten.

5. **Es sind alle Maßregeln zu ergreifen, die geeignet erscheinen, dem Futtermangel und damit einer Notverfütterung der Kartoffeln entgegenzuwirken.**
6. **Die Börsenkommissare sind anzuweisen, auf die Entwickelung der Preise an den Kartoffelbörsen ihr besonderes Augenmerk zu richten.**

✣

Der gewerbliche Mittelstand auf dem Stuttgarter Parteitag der D. V. P.

Die Fragen, die den gewerblichen Mittelstand in seiner Gesamtheit in der gegenwärtigen Zeit berühren, werden in den Verhandlungen des bevorstehenden Stuttgarter Parteitags der Deutschen Volkspartei einen breiten Raum einnehmen. Auf dem Parteitag selbst referiert der Reichstagsabgeordnete Senator Beythien-Hannover über die allgemeine Lage des gewerblichen Mittelstands, insbesondere über dessen Stellung zu den kommenden Steuervorlagen. In den Sonderverhandlungen der Ausschüsse für das Handwerk und für Kleinhandel und Gewerbe wird zu den sonstigen Lebensfragen für das Handwerk und Kleingewerbe Stellung genommen werden. Berichte hierzu erstatten die Reichstagsabgeordneten Malermeister Havemann-Hildesheim und Kaufmann Findeisen-Plauen. In einer großen öffentlichen Versammlung, die am Freitag, dem 21. Oktober, im Stadtgarten in Stuttgart stattfinden, werden wiederum die Abgg. Havemann und Beythien sprechen. Bekanntlich ist Herr Findeisen Vorsitzender des Verbandes der Handelsschutz- und Rabattsparvereine Deutschlands, Herr Beythien ist Mitbegründer dieses Verbands und leitet seitdem dessen Geschäfte. Herr Havemann ist seit vielen Jahren Vorsitzeider des Innungsausschusses von Hildesheim und Vorstandsmitglied des Nortwestdeutschen Handwerkerbundes. Es sind also Fachleute ersten Ranges, denen die Deutsche Volkspartei die Vertretung der Interessen des Handwerks und Kleinhandels und Gewerbes auf ihrem diesjährigen Parteitag anvertraut hat.

✣

Ein Handwerkerbeirat beim Reichswirtschaftsministerium.

Einem Wunsche des Handwerks entsprechend hat der Reichswirtschaftsminister einen Handwerkerbeirat beim Reichswirtschaftsministerium gebildet, um dadurch eine engere Fühlung zwischen dem Handwerk und der Regierung herzustellen. Der Reichswirtschaftsminister hat in diesen Handwerkerbeirat 5 Vertreter der Arbeitgeber und 5 Vertreter der Arbeitnehmer auf Grund von Vorschlägen, die der Handwerkerausschuß des Reichstages, in dem Vertreter aller Parteien sitzen, berufen. **Als Vertreter der Deutschen Volkspartei ist der Abgeordnete Malermeister Havemann aus Hildesheim in diesen Beirat berufen worden.** Wir begrüßen diese Einrichtung und freuen uns, daß ein Vertreter unserer Partei nun in der Lage ist, recht kräftig für die Wünsche der Handwerker an oberster Stelle einzutreten und hoffen, daß wir bald Gelegenheit haben werden, über die Tätigkeit unseres Parteifreundes Näheres zu berichten.

Politischer Ausbildungskursus in Halberstadt.

Die Vorsitzende des Nationalverbandes deutscher Männer und Frauen, Frau von Oheimb, M. d. R., die Begründerin der politischen Ausbildungskurse, hat den Ehrenvorsitz übernommen. Der Lehrplan für den Kursus 1. bis 15. November 1921 ist fertiggestellt und enthält außer verschiedenen Nebenveranstaltungen, wie die Ausstellung der Liga zum Schutze der deutschen Kultur über den Friedensvertrag verbunden mit Lichtbildern und Kinovorträgen, verschiedene Veranstaltungen an den Nachmittagen durch die Frauengruppe der Ortsgruppe Halberstadt, in denen ebenfalls verschiedene wichtige Vorträge gehalten werden, im wesentlichen folgende erwähnenswerte Punkte: Es sprechen am

1. Nov.: Postinspektor Morath, M. d. R., über „Beamtenpolitik",
2. „ Oberbürgermeister a. D. Dr. Gerhardt, über „Selbstverwaltung, Stadt, Kreis, Provinz",
3. „ Landrat v. Kardorff, M. d. R., über „Verfassungsfragen",
4. „ Admiral Scheer, über „Aufbau der Handelsflotte",
5. „ Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. v. Eynern, über „Preußenpolitik und Mittelstand",
7. „ Frau von Oheimb, M. d. R., über „Die politischen Aufgaben der Frauen",
8. „ Dr. Stresemann, M. d. R., über „Die politische Lage",
9. „ Dr. Kulenkampff, M. d. R., über „Politik und Wirtschaft der Gegenwart",
10. „ Reichsminister von Raumer, über „Wirtschaft und Friedensvertrag",
11. „ Geheimrat Runkel, M. d. R., über „Kulturaufgaben der Gegenwart",
12. „ Studienassessor Pätzmann, über „Deutsche Musik",
15. „ Leiter des Schulmuseums in Hannover Angermann, über „Die deutsche Nordseeküste von Hamburg bis Bremen" mit Lichtbildern.

Sämtliche Vorträge finden abends 8 Uhr statt. Die Tagesstunden sind ausgefüllt durch Aussprachen, Übungen und dergleichen Veranstaltungen. Für die Kursusteilnehmer ist in reichem Maße für billige Unterkunft und Verpflegung Sorge getragen. — Das Lehrgeld beträgt für Mitglieder 25 ℳ, für Nichtmitglieder 50 ℳ für den Gesamtkursus. Ferner ist durch die Ausgabe von Einzelkarten Gelegenheit geboten, an Teilkursen teilzunehmen. Die Anmeldungen müssen bis zum 25. Oktober an das Parteibüro der Deutschen Volkspartei, Halberstadt, Breiteweg 21, Fernruf 1492, erfolgen.

Siegen-Süd. Der Vorstand hat in einer Zusammenkunft mit den Ausschußmitgliedern beschlossen, am Donnerstag, dem 3. November 1921, abends 8 Uhr, im Langenbachschen Saale eine Mitgliederversammlung zu veranstalten. Nach einem Bericht über die politische Lage und den Parteitag in Lüdenscheid und einigem Geschäftlichem steht auf der Tagesordnung ein unterhaltender Teil. Diese Abende waren stets in Siegen-Süd beliebt, und wir glauben, auch diesmal auf zahlreichen Besuch hoffen zu dürfen.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Anfang November beginnt ein

kaufmännischer Abend-Lehrgang

Lehrfächer zur freien Wahl:
Einfache und dopp. amerik. Buchführung, Wechsellehre, Korrespondenz, kaufm. Rechnen, Schönschrift, Rundschrift, Zierschrift, Stenographie u. Maschinenschreiben.

Anmeldungen wolle man möglichst bald an die Schulleitung gelangen lassen. Der ausführliche Prospekt wird kostenlos zugesandt. [†248

Kaufmännische Privatschule von Karl Wolf
in Siegen, Burgstraße.

In 40 Minuten verladefähig sind die mit meinem

Universal-Eisenlack

— — — gestrichenen Materialien. — — —

Selbst bei der größten Inanspruchnahme ist ein Brechen u. Reißen dieses Lackes vollständig ausgeschlossen.

Preis: Im Faß Mark 5.—, in Kannen (nicht unter 25 kg) Mark 5.40 per kg ab hier ausschließlich Verpackung.

Wennemar Gatermann, Lack- und Kittfabrik, Eiserfeld (Sieg).

Das

Reparationsproblem

von Dr. Otto Hugo, M. d. R.

Bestell-Nr. III.—11 Drahtwort: Schriftblem
Einzelpreis 50 Pfg., bei größeren Bezügen Ermäßigung.

Inhalts-übersicht.

1. Die Last der Reparation
2. Der jährliche Deckungsbedarf
3. Die Steuerpläne der Reichsregierung
4. Die Grenzen der Steuerleistung
5. Die Erfassung der Goldwerte
6. Die Auslieferung der deutschen Wirtschaftssubstanz an das Ausland
7. Die Erschütterung der Wirtschaftslage
8. Die Goldbilanz
9. Die Umwandlung der Papierwerte in Goldwerte
10. Die Sachleistungen an die Entente
11. Die Verbesserung unserer Zahlungsbilanz durch den Außenhandel
12. Die Einsparung an Einfuhrwerten
13. Die Steigerung der Produktion und Warenausfuhr
14. Die Befreiung des deutschen Außenhandels von der Außenhandelskontrolle
15. Die Einfuhrabwehr der Industriestaaten
16. Die handelspolitische Fesselung durch das Ultimatum
17. Schlußfolgerung

Die kleine Flugschrift ist für jeden unentbehrlich, der sich über das Reparationsproblem unterrichten und seine wirtschaftlichen, steuerlichen und politischen Auswirkungen überschauen will.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 226
Postscheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 51 031
Drahtanschrift: Staatspolitisch-Berlin.

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1.

Ausschneiden! Ausfüllen!
Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich zum vierteljährlichen Bezugspreise von

Mark 4.50

einschließlich Postgebühren die Wochenschrift

„Der Beobachter“
(Erscheinungsort Siegen.)

Name _____

Wohnort _____ Straße _____

Vieh-Läuse

insbesondere bei **Rindvieh, Pferden, Ziegen, Schweinen** vertilgt **radikal**

Rodol

Streudose 4.50 M., Spritzkarton 3 M.

Rodol-Niederlagen:
In Siegen:
Hirschapotheke G. Deutsch, Drogerie Fleischhauer, W. Jansen, Germania-Drog., Ph. Kirch, Adler-Drogerie.
In Weidenau:
Drogerie Fritz Müller, D. Bötteer, Adler-Apotheke

Ia. Kernleder - Treibriemen

absolut erstklassige, langjährig erprobte

Qualitätsware

Ledermanschetten und alle technischen Lederartikel
stets sofort lieferbar.

A. Jeurgens, Goch (Rhld.)
Leder-Treibriemen-, Ledermanschetten- und Lederwarenfabrik.
Gründungsjahr 1872. Drahtanschrift: Camisaria, Goch.

Vertreter für das Siegerland: Ernst Benfer
Siegen, Koblenzer Straße 26. †325]

Das D.V.P.-Nachrichtenblatt

muß in jedem Verein in mindestens einem Stück gelesen werden. Es unterrichtet über alle wichtigen politischen Vorgänge, versorgt die Vereine und Redner mit Stoff, bringt die Ankündigungen und Mitteilungen der Parteileitung und Reichsgeschäftsstelle, ist somit

für alle Vorstände unentbehrlich.

Es wird nur an eingeschriebene Parteimitglieder geliefert; Bestellungen an die Reichsgeschäftsstelle Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226.

Bezugspreis vierteljährlich 5,40 M. einschl. Bestellgeld.

Installationsgeschäft.

Neuanlagen, Reparaturen u. Verlegung von Zentralheizungen aller Systeme, **Verlegen von Rohrleitungen** an **Gas-, Wasser-, Dampf-** und **sanitären Anlagen** werden ausgeführt.

Otto Link, Siegen (Westf.),
Frankfurter Straße 23.

Patentanwalt
Dr. Weerth †754
Sprechstunde
in **Siegen,** Bahnhofstraße 19
Samstag, 22. Oktober, ½4—7 Uhr.

Fenster- Roh-Draht- Spiegel- Flachglas jeder Art **Glas**
liefern

Denzer & Wurm G. m. b. H.
Marienborner Strasse 10 **Siegen** *am Bahnhof Hain*
Fernruf Nr. 1433.

Größtes Maschinen-Lager Westfalens.



Ankauf gebr. mod. Maschinen u. ganzer Fabrik-Einrichtungen Reparaturen an Werkzeug-Maschinen etc.

Maschinenfabrik Alfr. Natorp
Inh.: **Ad. Klinke, Haspe i. W.**
Fernspr. 350/351, Kohlenbahn 2, Haltestelle Linie 1.

---

la. Feinkohlen, Förderkohlen und Koks

in großen Mengen liefert **ohne Anrechnung auf Kontingent** von syndikatsfreien Zechen [†268

C. Höfer, Bochum,
Abt. Kohlen.
Telephon 3470 und 331.

„Der Beobachter“

ist in

Siegen	Montanus, Filiale Kölner Tor 2
Siegen	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Kreuztal	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Erndtebrück	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Altena i. W.	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Letmathe	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Neheim-Hüsten	Bahnhofsbuchhandlung Montanus
Finnentrop	Bahnhofsbuchhandlung Montanus

käuflich zu haben.

Wir bitten unsere Leser, bei Reisen von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen. **Preis 30 Pfennig.**